



O-Ton "Verraten und verkauft!"

Wie häufig haben Sie die Informationen über das 400. Mitglied einer großen Regierungspartei in Lohmar gelesen? Wenigstens fünf Mal durften wir es lesen aber politische Transparenz sieht anders aus. Dass Lohmar sich scharfer Kritik bei plusminus im März ausgesetzt sah und nur wenige dies erfahren haben, lag vielleicht am Thema, der Sendezeit und weil über Negatives gern geschwiegen wird. Wir Liberalen meinen, dass das Thema wichtig ist und möchten den Link allen Bürgern zur Kenntnis geben - s.u. <http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/hr/2013/wohnort-campingplatz-102.htm> Wo andere Kommunen Dauercamper zumindest dulden, geht Lohmar - die Stadt der GRÜNEN - oh, Pardon die Stadt im Grünen - ziemlich ruppig mit Harz IV Empfängern um. Der Beitrag beginnt mit den Worten „Wir sind in Lohmar bei Köln“. 2009 hatte Frau Horn den insolventen Campingplatz Rhein-Sieg in einem schlechten Zustand übernommen. Weil nur wenige Touristen herkamen, setzte sie auf Dauercamper. Und das sind auf dem Campingplatz vor allem Hartz-IV-Empfänger. Sie brauche hier auch im Winter Gäste, eine Auslastung von 95 Prozent, damit man wirtschaftlich arbeiten und die Angestellten bezahlen könne. Das Problem: das Jobcenter zahlt nur für die Unterkunft, wenn die Bewohner auch in Lohmar gemeldet sind. Und da spielt die Stadt Lohmar nicht mit. Der Campingplatz ist als Erstwohnsitz nicht erlaubt. O-Ton in der Reportage: "Die wollen halt das Klientel nicht, die sehen die Gefahr, dass das negativ überkommt und das Image stört", weiß Horn. Also musste ein Trick her. Knapp 100 Hartz-IV-Empfänger leben auf dem Campingplatz, ihre Postanschrift aber ist im benachbarten Siegburg. Eine soziale Einrichtung der katholischen Kirche stellt eine "Erreichbarkeitsbescheinigung" aus, umgeht hierdurch die starrsinnige Verwaltung und der Sozialhilfeempfänger erhält eine Postanschrift. Sonst hat er keine Möglichkeit, Arbeitslosengeld 1 bzw. 2 zu beantragen. Ohne Adresse erhält man im Übrigen auch keine Arbeit, d.h. könnte so zukünftig das Sozialsystem entlasten. Wir Liberalen schließen uns daher der Meinung des interviewten Sozialarbeiters an - wer nicht gemeldet ist, der ist leider in Lohmar verraten und verkauft. Vor der Kamera will niemand bei der Stadtverwaltung in Lohmar über das heikle Thema reden. Schriftlich teilte die Stadt Lohmar dem WDR mit: Wohnen auf dem Campingplatz verstoße gegen das Baurecht. Aber bei hohen Wohnkosten und steigender Armut ist der Campingplatz für viele

die letzte Alternative. Die FDP - Lohmar würde sich daher freuen, wenn die Stadtverwaltung hier ein Einsehen hätte und Dauercamper duldet. Lieber weniger Prestigebauten, dafür Hilfebedürftigen eine Bleibe und vielleicht sogar eine Perspektive bieten. Mehr zum Thema unter www.fdp-Lohmann.de